



Rahmenvertrag über mehrmalige Tätigkeiten im Rahmen des sogenannten Ehrenamtsfreibetrages (gemäß § 3 Nr. 26 a EStG)

Präambel

Die Tätigkeit im Rahmen dieser Vereinbarung wird **nicht** zu Erwerbszwecken ausgeübt, sondern um sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Bei der Vergütung handelt es sich nicht um eine adäquate finanzielle Gegenleistung, sondern um eine pauschalierte Erstattung des mit der Tätigkeit verbundenen Aufwandes.

§ 1

(1) Herr/Frau _____ (nachfolgend "ehrenamtliche/Mitarbeiter/in" genannt)

Anschrift _____

wird für den **Postsportverein Hannover e.V.**

30173 Hannover, Bischofsholer Damm 121 (nachfolgend "Auftraggeber" genannt)

ab dem _____ ehrenamtlich tätig.

(2) Der/Die ehrenamtliche Mitarbeiter/in übernimmt die Aufgabe/Tätigkeit als

§ 2

(1) Zur pauschalen Abgeltung seines/ihres Aufwandes erhält der/die ehrenamtliche Mitarbeiter/in eine Vergütung in Höhe von _____ € monatlich unter Anwendung von § 3 Nr. 26 a EStG und § 1 Abs. 1 Nr. 16 SvEV steuer- und sozialversicherungsfrei ausgezahlt.

(2) Der/Die ehrenamtliche Mitarbeiter/in wird darauf hingewiesen, dass Einnahmen aus ehrenamtlichen Tätigkeiten nur bis zur Höhe von insgesamt (z.Zt.) 720, € im Kalenderjahr steuerfrei und in der Sozialversicherung nicht Beitrags- und meldepflichtig sind.

§ 3

Der/Die ehrenamtliche Mitarbeiter/in erklärt mit seiner/ihrer Unterschrift, dass er/sie den Ehrenamtsfreibetrag in Höhe von z. Zt. 720. €/Kalenderjahr durch Einnahmen aus anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten - z. B. für einen anderen Verein oder Bund/Verband nicht in Anspruch genommen hat bzw. in Anspruch nehmen wird. Diese Erklärung gilt, soweit die Tätigkeit gemäß § 1 dieser Vereinbarung über das laufende Kalenderjahr hinaus ausgeübt wird, auch für die folgenden Kalenderjahre bis zum Ende dieser Tätigkeit.

§ 4

Der/Die ehrenamtliche Mitarbeiter/in erklärt mit seiner/ihrer Unterschrift, dass seine/ihre Angaben in § 3 dieser Vereinbarung der Wahrheit entsprechen und verpflichtet sich, dem Landessportbund Änderungen unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Falsche Angaben oder Verstöße gegen die Mitteilungspflicht können Schadensersatzansprüche auslösen.

Hannover, den _____

Unterschrift Auftraggeber

Vereinsvorstand

Unterschrift Abteilungsleiter

Unterschrift Übungsleiter/in